

23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

2./3. Oktober 2004, Kiel, Ostseehalle

Beschluss

Zentrale Steuerverwaltung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, daß die Finanzierung staatlicher Aufgaben gerecht erfolgt. Entscheidend ist dafür nicht nur die Steuergesetzgebung, sondern auch die tatsächliche Um- und Durchsetzung des Steuerrechts durch die Finanzverwaltung. Steuerhinterziehung und Steuerbetrug haben in Deutschland Ausmaße erreicht, die unseren Vorstellungen einer gerechten Lastenverteilung bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben massiv widersprechen. Rechnungshöfe und Gerichte haben immer wieder darauf hingewiesen. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist die dezentrale Verwaltungskompetenz für die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Denn für die Länder bestehen kaum Anreize, das Steuerrecht wirksam durchzusetzen. Internationale Vergleiche zeigen, daß das Nebeneinander von 16 Ländern in der Steuerverwaltung deren Arbeit erschwert und Betrug und Hinterziehung erleichtert.

Wir wollen deshalb im Rahmen der Föderalismus-Reform die Verwaltungskompetenz für die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer von den Ländern auf den Bund übertragen. Denn durch eine Zentralisierung der Aufsicht über die Steuerverwaltung beim Bund können wesentliche Verbesserungen der Steuergerechtigkeit erreicht werden. Dezentrale Aufgabenerfüllung im Bundesstaat ist dort sinnvoll, wo die Länder die Möglichkeit haben, ihre eigenen Belange selbst zu gestalten, wo vielfältige Ansätze Innovationen ermöglichen und wo regionale Unterschiede differenzierte Antworten erfordern. Wir wollen deshalb im Rahmen der Föderalismusreform die Länder stärken und insbesondere den Landtagen zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten geben. Bei der Durchsetzung des bundeseinheitlichen Steuerrechts geht es jedoch nicht um eine innovative Gestaltung der Bedingungen vor Ort, sondern um Effizienz und Steuergerechtigkeit.

Das Beharren der Landesfinanzminister auf ihrer Kompetenz für den Steuervollzug ist deswegen nur Besitzstandsdenken, das unser Land sich nicht mehr leisten kann.